

Chronik



Stationen der DDR-Arbeit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte von 1972 bis 1989

Das Unrecht scheut das Licht der Öffentlichkeit und fühlt sich durch eine offene Sprache bloßgestellt.

Die IGFM-Aktionen von 1972 bis 1989 gegen systematische und schwere Menschenrechtsverletzungen in der DDR

1972 Gründung der IGFM am 8. April 1972

Rita Müller, Frank Vetter, Siegmar Faust (Flugblatt) und Hans Möhring (Flugblatt und Plakat) ausreisen.

1974 Joachim Rector, IGFM-Dokumentation über ein Ausreisebegehren aus der DDR. Flugblatt und Appelliste für die Einzelschicksale Weigel, Rector, Gerisch und Waldschläger

1977 Dokumentation über Zwangsadoptionen in der DDR. In mühevoller Kleinarbeit hatte der Sprecher der IGFM-Arbeitsgruppe in Hilden, Alwin Guggomos, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Eltern Informationen über die Wegnahme von Kindern und deren Zwangsadoption aus politi-

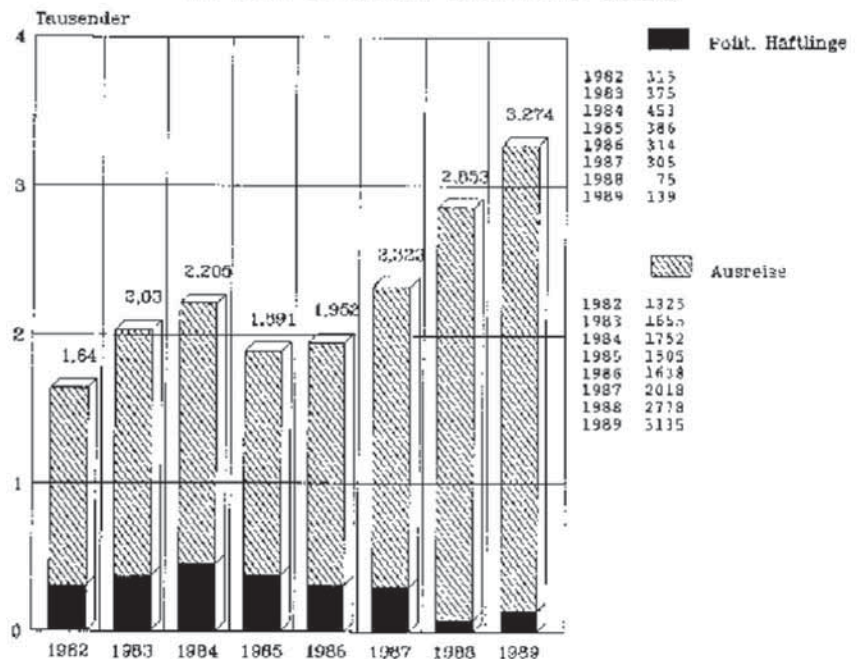
1975 Erste IGFM-Demonstration vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn; Schreiben an Ministerrat der DDR; dreitägiger Hungerstreik für die Freilassung der Langzeitgefangenen Hans Möhring und Hossein Yazdi

1976 „Petition Riesa – Petition zur vollen Erlangung der Bürgerrechte“. Unter Leitung des Riesaer Arztes Dr. Karl Heinz Nitschke hatten 32 Bürger aus Riesa im Herbst einen Ausreiseantrag aus der DDR gestellt.

Bis 79 Personen hatten sich später dem Antrag angeschlossen. Protestaktionen gegen die Ausweisung von Wolf Biermann und den Hausarrest gegen Robert Havemann, der gegen die Ausweisung von Biermann protestiert hatte.

Fünftägiger Hungerstreik in Bonn zugunsten der politischen Gefangenen von den Verfolgten und Gefangenen in der DDR, für die sich die Hungerstreikenden eingesetzt hatten, durften Gitta Sonnabend (Flugblatt), Siegfried und

Von der IGFM betreute Fälle in der DDR in den Jahren 1982 bis 1989



Entwicklung der IGFM-Fallbetreuung

schen Gründen zusammengetragen. Mehrfacher Protest vor der ständigen Vertretung der DDR in Bonn. Während Bundesminister Egon Franke im Rahmen einer deutschlandpolitischen Debatte behauptete, er kenne keine Zwangsadoptionen in der DDR, erklärte der Bundesminister des Auswärtigen: „Sie können versichert sein, dass auch ich mich bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln für die Lösung dieser Probleme einsetzen werde“.

Der Bundespräsident schrieb am 29.6.1977: „... und hierüber auch Gespräche mit dem Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen geführt. Er wird sich weiterhin mit den in Ihrer Dokumentation aufgeworfenen Anliegen befassen.“ Entsendung einer Delegation zur 1. KSZE-Folgekonferenz in Belgrad. Vorgetragen wurde u.a. der Fall Engelhardt: Als 16-jähriger wurden ihm bei einem Fluchtversuch in der Nähe des Ortes Propstzelle durch eine Tellermine beide Beine zerfetzt. Noch im Krankenhaus wurde ihm der Prozess gemacht.

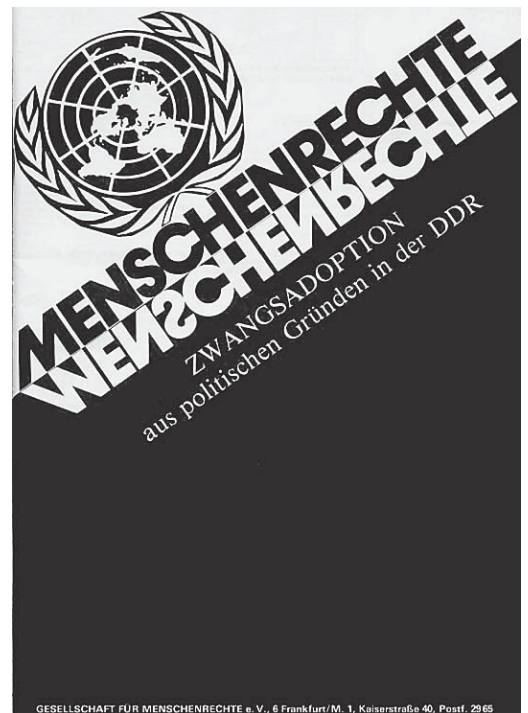
Wegen des Fluchtversuchs wurde ihm später in seinem Heimatort die Heirat mit seiner Frau Erika verweigert. Nach einem erneuten Ausreiseantrag 1974 wurde die Genehmigung dazu mit der Verpflichtung zur Scheidung von seiner Frau verbunden, da sonst Zweifel entstehen könnten, ob sie noch in der Lage sei, den gemeinsamen Sohn Oliver „nach den Regeln der sozialistischen Moral und Ethik zu erziehen“. Daraufhin ließ sich das Ehepaar in gemeinsamem Einvernehmen scheiden. Heinz Engelhardt durfte ausreisen, seine Frau und sein Sohn wurden in der DDR festgehalten. Delegation unter Leitung des Vorstandsmitglieds Edgar Lamm übergibt Petition mit 17.664 Unterschriften.

1978 Der Fall „Nico Hübner“: Nico Hübner, ein Kleinstadler am Deutschen Theater in Berlin und Sohn linientreuer SED-Mitglieder, verweigerte im Frühjahr 1978 den Dienst in der Nationalen Volksarmee und begründete seine Weigerung, zur Musterung zu erscheinen, mit dem entmilitarisierten Status von „Groß-Berlin“.

Am 15.2.1978 stellte er einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR. Er wurde am 7.7.1978 gemäß § 32 des Wehrpflichtgesetzes und §§ 98 und 106

Impressum

Chronik der IGFM DDR-Arbeit 1972 bis 2009
Herausgeber: IGFM-Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V., vertreten durch Karl Hafen
Redaktion: Karl Hafen.
Anschrift: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 420108-0, Fax -33, Web: www.igfm.de



IGFM-Dokumentation
„Zwangsadoptionen in der DDR“.

(Staatsfeindliche Hetzte) des Strafgesetzbuches der DDR zu 5 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Sein Fall wurde zum Politikum.

Die IGFM sammelte für seine Freilassung ca. 200.000 Unterschriften. (mehrere Flugblätter, Unterschriftenlisten, Plakate, Presseerklärungen) Annahme von Sammelpetition in Ost-Berlin zurückgewiesen. Anlässlich des 30. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte versuchte eine internationale Delegation der IGFM eine Petition mit knapp 20.000 Unterschriften zugunsten der Freilassung von Rudolf Bahro, Nico Hübner, Dr. Werner Schälicke und Helgard Krumm beim DDR-Staatsratsvorsitzenden zu übergeben. Mit dem Hinweis „Wir sind nur für DDR-Bürger zuständig“ wurde die Delegation an das Außenministerium der DDR verwiesen, das die Annahme der Petition ebenfalls verweigerte. Das IGFM-Vorstandsmitglied Edgar Lamm wurde bei der Aktion verhaftet und abgeschoben.

1979 Junger Christ wegen seines Einsatzes gegen Wehrkundeunterricht verurteilt. IGFM berichtet über die Verurteilung eines 21-jährigen Christen aus Görlitz durch das Bezirksgericht Dresden zu zwei Jahren und neun Monaten wegen seines Eintretens gegen den Wehrkundeunterricht an DDR-Schulen. Innerdeutsches Ministerium verweigert Annahme von Liste von 400 politischen Gefangenen in der DDR.

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen verweigerte die Annahme einer Liste mit 400 politischen Gefangenen in der DDR mit der Begründung, dass die besonderen Bemühungen und Hilfsmaßnahmen des Ministeriums für DDR-Bürger „nur unter Vermeidung jedweder Publizität erfolgversprechend“ seien. Arbeitsausschuss „Bürgerrechtsbewegung und politische Gefangene in der DDR“ gegründet.

Wegen des immer größer werdenden Anfalls von Hilfesuchen an die IGFM gründen ehemalige politische Gefangene den „DDR-Ausschuss“. Als erster und zweiter Sprecher werden Ehrhard Göhl und Dr. Wulf Rothenbächer gewählt. 1166 Einzelfälle betreut mit 2.591 betroffenen Personen; davon 228 politische Gefangene; Fragebogen entwickelt für ehemalige politische Gefangene „Hinweise und Ratschläge“. Zur effektiveren Betreuung von Ausreisewilligen aus der DDR bietet der Arbeitsausschuss DDR das Merkblatt „Hinweise und Ratschläge für die Unterstützung ausreisewilliger Personen aus der DDR“ für eine DM an. Übergabe einer Dokumentation an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes über die Haftbedingungen in der DDR.

1980 1503-Beschwerde bei der UNO wegen systematischer Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Teilnahme an der 2. KSZE-Folgekonferenz in Madrid; Beschwerdebüro, Demonstration in Madrid; Strelzyk präsentiert Fluchtballon in Madrids Innenstadt.

1981 IGFM fordert auf 2. KSZE-Folgekonferenz in Madrid Abschaffung der 42.000 Todesautomaten an der Innerdeutschen Grenze; IGFM organisiert Sternfahrt zur Berlin Mauer anlässlich 20-jährigem Gedenken; Umfrage an Parteien, wie die Mauer überwunden werden kann; UNO bestätigt systematische, schwere Menschenrechtsverletzungen in der DDR – Basis 1503 Beschwerden der IGFM aus 1979 und 1980; IGFM-Anzeige: Wir beweisen: Öffentliches Eintreten hilft. Antwort der IGFM auf Minister Frankes aggressive Schelte der IGFM.

1982 54.000 Tötungsautomaten an der Innerdeutschen Grenze – IGFM klagt an. Menschenrechte Nr. 2 befasst



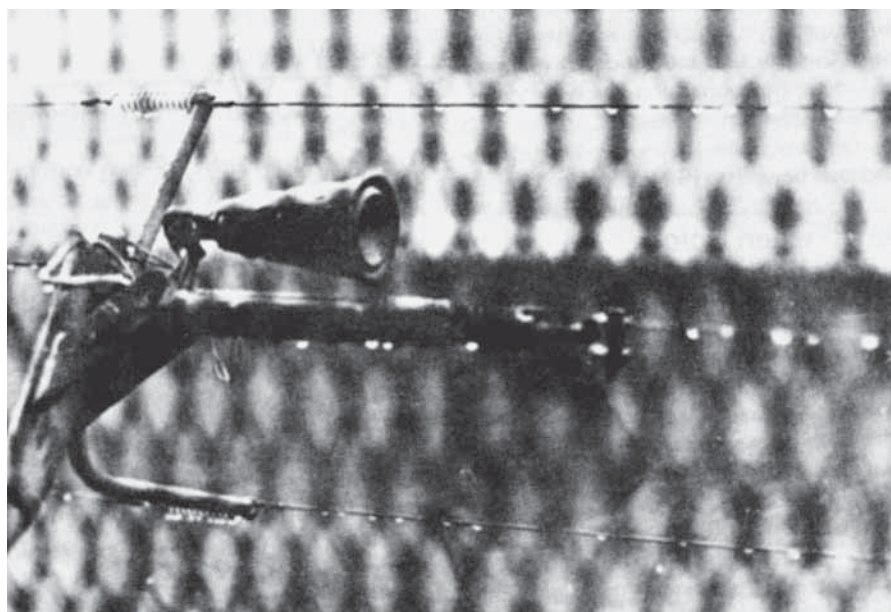
IGFM-Aktivisten bei der Zweiten KSZE-Folgekonferenz 1981 in Madrid. Links Peter Strelzyk, der mit dem Heißluftballon in den Westen geflohen war.

sich intensiv mit dem Ausbau der Grenzsicherungsanlage und insbesondere mit den Selbstschussautomaten SM 70. Staatssekretär a.D. Dr. Günter Wetzels, IGFM-Kuratoriumsmitglied, erklärt die Funktion: die Tötungsautomaten werden durch Kontaktschnüre ausgelöst und bringen dem Opfer durch Streufunktion der scharfkantigen Eisensplitter so schwere Wunden bei, dass er kaum Überlebenschancen hat. Schießbefehl im Originaltext veröffentlicht.

Befehl über die Gewährleistung der Sicherheit an der Westgrenze der DDR, DV000464: „Auf Deserteure ist das Feuer sofort zu eröffnen, d.h. ohne Anruf und Warnschuss! Auf Flüchtlinge, die sich der Festnahme zu entziehen versuchen, dürfen nach einem Warnschuss gezielte Schüsse abgegeben werden! Befindet sich eine flüchtende Person bereits auf bundesdeutschem Gebiet und

sind keine westdeutschen Sicherheitsorgane in der Nähe, so ist die Person nach Möglichkeit anzuschließen und sofort zu bergen! Befindet sich ein Flüchtling kurz vor dem Grenzübertritt, und es werden westdeutsche Sicherheitsorgane festgestellt, so ist die Person zu erschießen und anschließend sofort zu bergen, damit eine westdeutsche Propaganda nicht möglich ist.

Auf Angehörige der Sicherheitsorgane der Bundesrepublik, die die Demarkationslinie nach Osten überschreiten, ist das Feuer sofort zu eröffnen mit dem Ziel, den Betreffenden zu erschießen bzw. so zu verwunden, dass er nicht mehr in die Bundesrepublik zurückkehren kann.“ Schwerter zu Pflugscharen – DDR-Organen gehen gegen Jugendliche mit Friedens-



Tötungsmaschine an der DDR-Grenze: Der Selbstschussapparat SM 70.

aufnehmen vor. IGFM berichtet über Synode der sächsischen Landeskirche vom 20.-24. März 1982, die das harte Vorgehen gegen Jugendliche, wie Schulverweis und Verlust von Lehrstellen als „Einschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit“ verurteilt. Weitere 1503-Beschwerde über schwere Menschenrechtsverletzungen in der DDR dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen in Genf vorgetragen.

1983 DDR: Keine Lehre ohne vormilitärische Ausbildung; IGFM veröffentlicht den Text der Änderung des Arbeitsgesetzes der DDR § 132 Abs. 2 vom Juni 1982. Danach „haben die Lehrlinge an der vormilitärischen Ausbildung teilzunehmen, sich militärpolitische und militärfachliche Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen...“ (1) Machen Lehrlinge Glaubens- und Gewissensgründe gegen den Waffengebrauch geltend, können sie während der vormilitärischen Ausbildung von der Ausbildung an Waffen befreit werden; die Entscheidung jedoch obliegt dem Lehrbetrieb. (3) Wer jedoch die vormilitärische Ausbildung verweigert, erhält keinen Lehrvertrag und ist „in ein Arbeitsverhältnis (Hilfsarbeiter) einzugliedern“. (7) Und weiter: „Es besteht kein gesellschaftliches Interesse, mit ihnen vor Ablauf einer Frist von 3 Jahren einen Qualifizierungsvertrag für das Erlernen eines Ausbildungsberufes abzuschließen.“; 17.



Rainer Bäurich, Autor des „Manifest eines Christen im Sozialismus“, im November 1977 wurde er verhaftet und im April 1978 in einem Geheimprozess zu fünfeneinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Juni 1983 – Sternfahrt nach Berlin und IGFM-Aufruf: Für Freiheit und Solidarität zum Tag der Deutschen Einheit 17. Juni 1953 –

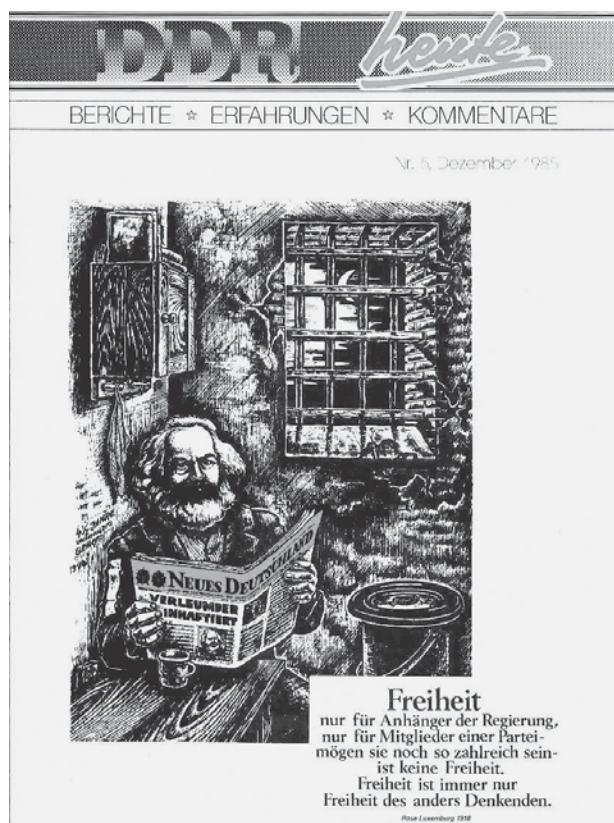
DDR-Ausschuss zieht Zwei-Jahres-Bilanz: 1981 (Gründung des Arbeitsausschusses): 1.504 neue Fälle mit 3.350 betroffenen Personen, darunter 349 politische Gefangene; 1982: 1.640 neue Fälle mit 3.487 betroffenen Personen; darunter 315 politische Gefangene mit einem Haftdurchschnitt von 3 Jahren und 3 Monaten. 117 Fälle (262 Personen) wurden positiv gelöst, darunter 46 Haftfälle; vier davon wurden in die DDR entlassen.

272 Personen haben sich direkt aus der DDR an die IGFM mit der Bitte um Hilfe gewandt. Rainer Bäurich endlich frei – Seit dem 7.9.1983 ist Rainer Bäurich in Freiheit. 1977 verfasste er das „Manifest eines Christen im Sozialismus“, im November 1977 wurde er verhaftet und im April 1978 in einem Geheimprozess zu fünfeneinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Im Rahmen der sogenannten Amnestie wurde er nach 25 Monaten Haft im Dezember 1979 in die DDR entlassen, im März 1980 aber erneut verhaftet, weil er Ausreisearträge in die Bundesrepublik Deutschland gestellt hatte.

Im September 1980 wurde er zu weiteren dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, die er überwiegend im „Gläsernen Sarg“ in Brandenburg verbüßen musste. Das Europäische Parlament beschäftigte sich mit dem „Fall Bäurich“, das ZDF-Magazin berichtete mehrmals über ihn. In einem ersten Gespräch mit der IGFM sagte er u.a.: „Dank an alle, die mir und meiner Mutter geholfen haben, diese schweren Jahre politischer Folter in der DDR zu überstehen. Bereits während meiner ersten Haft erreichte mich in meiner Zelle ein Brief der IGFM.“



Das „Manifest“ von Rainer Bäurich.



Die von der IGFM herausgegebene Zeitschrift „DDR Heute“ erschien erstmals im Jahr 1985.

Diese Nachricht gab mir Kraft und Gewissheit, dass ich in der Freiheit nicht vergessen bin.“ Frauenhilfe DDR“ ins Leben gerufen. Das „Komitee für gefangene Frauen und ihre Familien“ will die Öffentlichkeit intensiver über die Lage der Frauen in DDR-Gefängnissen informieren und mit humanitärer Hilfe und durch Kontaktpflege die Lage der Familien verbessern helfen.

In einer ersten Pressemitteilung stellt das Komitee fest, dass jährlich etwa 250 Frauen aus politischen Gründen in Haft kommen. Friedensmarsch entlang der innerdeutschen Grenze. Am 8.8.1983, nach 57 Tagen und 1.157 km trafen zwanzig Teilnehmer des Marsches für Menschenrechte und Frieden in München ein, wo sie von Bürgermeister Zehetmeier empfangen wurden.

„Die wahren Friedenskämpfer sind gewaltlos, sind die, die mit Argumenten, mit ihrer Persönlichkeit, mit Vernunft und Herz für den Geist des Friedens werben.“ Der Internationale Marsch hatte am 17. Juni, dem Tag der Deutschen Einheit in Lübeck begonnen und führte entlang der innerdeutschen Grenze.

1984 Internationale Anhörung über „Menschenrechtsverletzungen in der DDR“: „Auch nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki und dem 1976 in Kraft

getretenen Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte hat sich die menschenrechtliche Lage der Deutschen in der DDR nicht verbessert. Das politische Strafrecht ist 1979 nochmals verschärft worden. Entsprechend sind viele mehrjährige Gefängnisstrafen wegen „Delikten“ ausgesprochen worden, die mit dem internationalen Recht, insbesondere dem Recht auf Freizügigkeit und freie Meinungsäußerung, nicht vereinbar sind.“

Zu diesem und weiteren Feststellungen kommt eine international zusammengesetzte Sachverständigenkommission, die anlässlich des „Tages der Menschenrechte“ am 10.12.1984 zwei Tage lang ehemalige politische Häftlinge der DDR nach den Gründen ihrer Verurteilung und nach den Zuständen in den DDR-Haftanstalten befragt hatte. Die Ergebnisse wurden in einer Dokumentation festgehalten. Einige 100 Menschen versuchten vergeblich, über die deutschen Botschaften in Prag, Warschau und Budapest in die Freiheit zu gelangen.

Mit gemeinsamen Kräften hatten bundesdeutsche Politiker und Diplomaten mit Vertretern der DDR-Regierung das Flüchtlingsproblem gelöst. Die Entscheidung fiel am 15. Januar 1985: alle mussten in die DDR zurückkehren. 1984, so meldete der Tätigkeitsbericht, hatte die IGFM 2.205 Fälle mit insgesamt über 4.000 Personen betreut. 313 Fälle wurden neu aufgenommen. Nachdem etwa 1.000 politische Gefangene 1983 die DDR verlassen konnten, wurden 1.127 neu inhaftiert. Die IGFM schätzt die Zahl der politischen Gefangenen auf 7-8.000. Die durchschnittliche Haft betrug 1984 drei Jahre und zwei Monate, sechs Monate mehr als im Vorjahr.

1985 DDR-Heute aus der Taufe gehoben. Gut ein Jahr hatte es gedauert, bis die Idee einer eigenen Publikation des Arbeitsausschusses „Bürgerrechtsbewegung und politische Gefangene der DDR“ in die Tat umgesetzt werden konnte.

Die Meinungsfreiheit für die Autoren – nur ehemalige politische Gefangene – wurde groß geschrieben, Künstler, Schriftsteller, Aktivisten sollten gleichermaßen zu Wort kommen. Die Honorare waren, wenn sie überhaupt gezahlt werden mussten, niedrig. 50 DM für eine Druckseite war die Obergrenze. Die vierköpfige Redaktion bestand aus den ehemaligen politischen Gefangenen Manfred Jope, Nikolaus Fleck, Siegmund Faust und Hilmar Helmecke.

Die ersten Ausgaben wurden noch mit der Schreibmaschine geschrieben und in schlechter Qualität eins zu eins gedruckt. Ab der Ausgabe Nr. 3 hatte man eine künstlerisch gestaltete Titelseite und es kam Farbe dazu. Ab Ausgabe 15 stand auf der Titelseite die provozierende Forderung „Die Mauer muss weg!“; am Anfang noch klein und versteckt, schließlich aber wie das Credo der Publikation.

Die letzte Ausgabe „Sozialismus? Nie wieder!“ erschien im Mai 1990. KSZE-Expertentreffen in Ottawa – IGFM dabei mit Katrin Bornmüller und Jutta Gallus. KSZE-Außenministertreffen in Helsinki – IGFM mit sieben Vertretern (darunter wieder Jutta Gallus) dabei Fallbetreuung DDR 1985: 1.495 neue Fälle, darunter 895 in

politischer Haft.

1986 KSZE-Expertentreffen in Bern – IGFM dabei. In einer umfangreichen Dokumentation „CSCE and Human Rights – Devided Families and the Denial of Freedom of Movement“ wurden 1.677 Fälle von getrennten Familien mit insgesamt 5.629 Einzelpersonen festgehalten und den Delegierten überreicht.

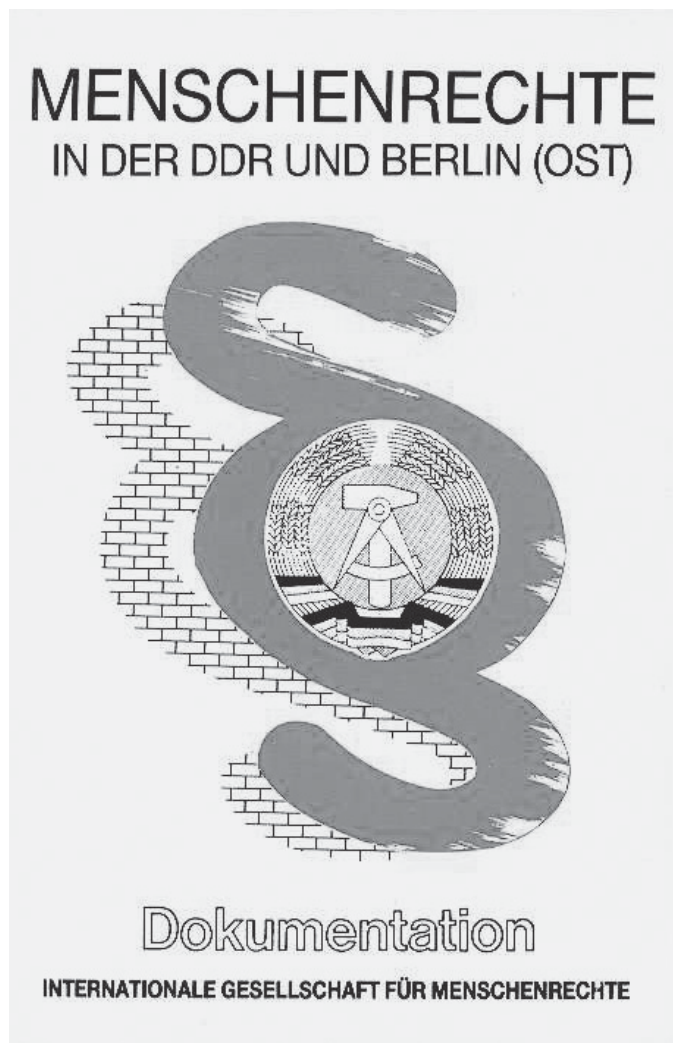
Während es immerhin ein sachliches Gespräch in der sowjetischen Botschaft gab und die rumänische und polnische Botschaft eine Dokumentation entgegengenommen hatten, erhielten die IGFM-Vertreter bei der DDR-Botschaft die Mitteilung, dass gerade alle Mitarbeiter in die Mittagspause gegangen seien. Wie auch bei allen KSZE-Konferenzen davor wurde auch hier die nüchterne Liste der Namen, Daten und Adressen durch ehemalige Gefangene und Verfolgte unterstützt.

KSZE-Folgekonferenz in Wien – IGFM eröffnet erneut Beschwerdebüro. Deutliche Fortschritte sieht die IGFM in der Menschenrechtspolitik in der Sowjetunion. Das IGFM-Büro wird vom sowjetischen Fernsehen besucht und umfangreiche Interviews werden aufgezeichnet.

Dem sowjetischen Vizeaußenminister Kowalew können Petitionen übergeben und erläutert werden. Die DDR-Botschaft verweigert weiterhin jeden Kontakt und die



Stationen der IGFM DDR Arbeit VI



Diese Dokumentation der IGFM erschien im Jahr 1987.

Annahme der Petitionen. Originalton „Sie können die Unterlagen genauso gut hier auf dem Fußboden liegen lassen.“ (Susanne Müller, Mitglied der DDR-Delegation).

1987 „Politische Haft in der DDR“: Die IGFM-Dokumentation enthält sachliche Schilderungen der Zustände in fünf DDR-Strafvollzugseinrichtungen, die von ehemaligen politischen Gefangenen aus Umfrageergebnissen zusammengestellt wurden. Die Beschreibungen zu Stichworten wie „Unterbringung“, „Besuche“, „Religion“, „Gesundheitsbetreuung“ und „Arbeit“ aus jeder Haftanstalt, werden ergänzt durch Dokumente „Aus DDR-Gerichtssälen“, die seltene Texte aus der politischen Strafjustiz der DDR enthalten.

Die Petitionsstelle Honecker-Besuch“ eröffnet. Innerhalb weniger Wochen erhält die IGFM über 1.600 Bitten um Einsatz für politische Gefangene und Verfolgte in der DDR.

Die „Ständige Vertretung der DDR“ erlaubt erstmals der IGFM, das Gebäude in Bonn zu betreten und nimmt eine 16



Blick in eine Zelle des Stasigefängnis in Berlin-Hohenschönhausen.

Leitzordner umfassende „Honecker-Petition“ an. Appell an Honecker, den Menschen in der DDR die Menschenrechte zu gewähren. Anzeige erschien in zehn Tageszeitungen. 1.300 Leute hatten den Appell unterzeichnet und die Veröffentlichung mit ihrer Spende unterstützt.



Die Dämme brechen. DDR-Bürger überwinden 1989 die ungarisch-österreichische Grenze.

Die „Saarbrücker Zeitung“ lehnte es aus „grundsätzlichen Überlegungen“ ab, das bezahlte Inserat zu drucken. IGFM kritisiert die Schließung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter. Die SPD-regierten Bundesländer Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Saarland haben beschlossen, sich ab 1988 nicht mehr an den Kosten der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter zu beteiligen.

Die Errichtung ging zurück auf einen Beschluss der Justizministerkonferenz vom Oktober 1961. Seit damals wurden ca. 33.000 Gewaltakte von DDR-Organen registriert, darunter 4.500 Morde. 23.000 Verurteilungen aus politischen Gründen wurden dort erfasst. Noch für das erste Halbjahr 1987 verzeichnete die Erfassungsstelle 563 politische Verurteilungen, drei Misshandlungen und 63 politische Verdächtigungen. 318 Urteile wurden als „unmenschlich hart“ charakterisiert.

Die IGFM stellte dazu fest, dass die durch diese Stelle, staatliche Unrechtshandlungen rechtzeitig und systematisch festgehalten wurden, und dass hiermit eine Lehre aus der Geschichte gezogen worden war. Nichts könne gegen die Registrierung von Unrecht sprechen. Und niemand solle sich dem Verdacht der Gefälligkeitshaltung gegenüber der SED aussetzen. Andernfalls verlöre das Engagement für die Menschenrechte in fernen Ländern jegliche Glaubwürdigkeit. Der Schlüssel zur Schließung der Zentralen Erfassungsstelle liege alleine in der Hand der DDR-Regierung.

1988 „Ausreisewillige schließen sich zusammen“ – An verschiedenen Orten in der DDR hatten sich in größerem Umfang erstmals seit 1976 – siehe IGFM-Dokumentation „Petition Riesa“ Ausreisewillige zusammengeschlossen und an Demonstrationen teilgenommen.

Die „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht der DDR“, ein loser Zusammenschluss von Menschen, die seit Jahren vergeblich Ausreiseanträge gestellt hatten, nahm an der Ostberliner „Kampfdemonstration zum Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht“ am 17. Januar 1988 teil. Etwa 100 Ausreisewillige versammelten sich vor dem Gebäude des Rates des Kreises Zwickau. Sie wurden von der Staatssicherheit und Polizei auseinandergetrieben.

Einige Teilnehmer wurden festgenommen. IGFM beim UN-Menschenrechtsausschuss in Genf. Aus Anlass der 33. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates empfing deren Präsident Prof. Julio Prado-Vallejo den Präsidenten der IGFM, Dr. med. Reinhard Gnauck.

Dr. Gnauck übergab unter anderem eine weitere 1503-Beschwerde über die DDR in der auf einigen Seiten gelöste Fälle und ungelöste Fälle früherer 1503-Beschwerden aufgeführt waren sowie neue Fälle vorgetragen wurden.

1989 Gisela Mauritz darf nach 14 Jahren Kampf die DDR – allerdings ohne ihren Sohn verlassen. Die IGFM dokumentierte das Schicksal von Frau Mauritz bereits in der 1977 erschienenen Dokumentation „Zwangsadoptionen“. IGFM sieht in der neuen Reiseverordnung der DDR eine deutliche Verschlechterung.

Seit Januar 1989 müssen Ausreisewillige ein neues Antragsformular ausfüllen, auch diejenigen, die schon seit Jahren Ausreiseanträge stellen. Das IGFM-Büro kann kaum den Anfragen aus der DDR und westdeutschen Angehörigen von Ausreisewilligen nachkommen, so groß ist die Verwirrung, da viele glauben, dass dadurch frühere Anträge und langjährige Bemühungen hinfällig werden. Nach der neuen Anweisung wurde der Kreis der Antragsberechtigten stark eingeschränkt und bleiben eine privilegierte Minderheit.

Zusätzlich wurde eine lange Liste von Versagungsgründen angehängt. Nach § 14, 1 können demnach Genehmigungen versagt werden, „wenn das zum Schutz der öffentlichen Ordnung oder anderer staatlicher Interessen der Deutschen Demokratischen Republik“ notwendig ist. Also praktisch jedem. Auch der Informationsdurst geht ins Unermessliche. „Jetzt war meine Tochter im Januar beim Rat der Stadt Halle, da wurde ihr erneut ein Formular ausgehändigt, worin alle Verwandten, auch des 2. und 3. Grades in der Bundesrepublik mit Adresse, Beruf, Tätigkeit, Geburtstag, Geburtsort und Arbeitsstelle angegeben werden müssen.“

Nicht verwunderlich, dass einem Antragsteller folgendes mitgeteilt wurde: „Ihr Antrag ... wird abgelehnt. Gemäß § 14 der Reiseverordnung vom 20.11.1988 ... ist aufgrund Ihrer Qualifikation von einer Beeinträchtigung gesellschaftlicher Interessen und Nachteilen für die Volkswirtschaft auszugehen.“ KSZE-Konferenz „über die Humanitäre



Gisela Mauritz durfte nach 14 Jahren Kampf die DDR – allerdings ohne ihren Sohn – verlassen. Die IGFM dokumentierte das Schicksal von Frau Mauritz bereits in der 1977 erschienenen Dokumentation „Zwangsadoptionen“.

Dimension“ – IGFM legt erneut Listen mit politischen Gefangenen und Verfolgten in der DDR vor. IGFM begrüßt die inzwischen sehr offene Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in der DDR.

Die Delegationsleiter Großbritannien, Schweden und Lichtensteins sprachen ausdrücklich den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze an. Der amerikanische Delegationsleiter Abram forderte den Abriss der Mauer in Berlin. Erneut verweigert die DDR-Delegation die Annahme einer IGFM-Petitionsliste.

1990 „Wir haben gekämpft, als andere noch schwiegen“ – Der IGFM-Arbeitsausschuss Bürgerrechtsbewegung und politische Gefangene in der DDR“ löst sich auf. Staatssekretär a.D. Dr. Günter Wetzel übergibt im Auftrag des IGFM-Kuratoriums eine Petition von 4000 DDR-Bürgern an DDR-Justizminister Kurt Wünsche, der Öffentlichkeit einen Bericht über die politische Justiz der vergangenen 44 Jahre vorzulegen.

„Ich habe Herrn Wünsche erklärt, ein Gesetz sei nicht zu machen, ohne Haftentschädigung nach Hafttagen zu gewährleisten. Auch Witwen und Kinder in der Berufsausbildung von Menschen, die in der Haft oder an der Mauer und Stacheldraht starben, haben Anspruch auf Entschädigung. Das Gesetz muss noch vor der Wiedervereinigung verabschiedet werden.“ Zur Finanzierung der Entschädigungszahlungen sei das Vermögen der PDS-Vorgängerin SED „in erster Linie“ heranzuziehen, denn die SED trage die Schuld an der gesamten Entwicklung.

Staatssekretär a.D. Dr. Günter Wetzel übergibt eine Petition von 4.000 DDR-Bürgern an DDR-Justizminister Kurt Wünsche, der Öffentlichkeit einen Bericht über die politische Justiz der vergangenen 44 Jahre vorzulegen.

